

Ein Gefühl von Sicherheit?

Walter Kammermann

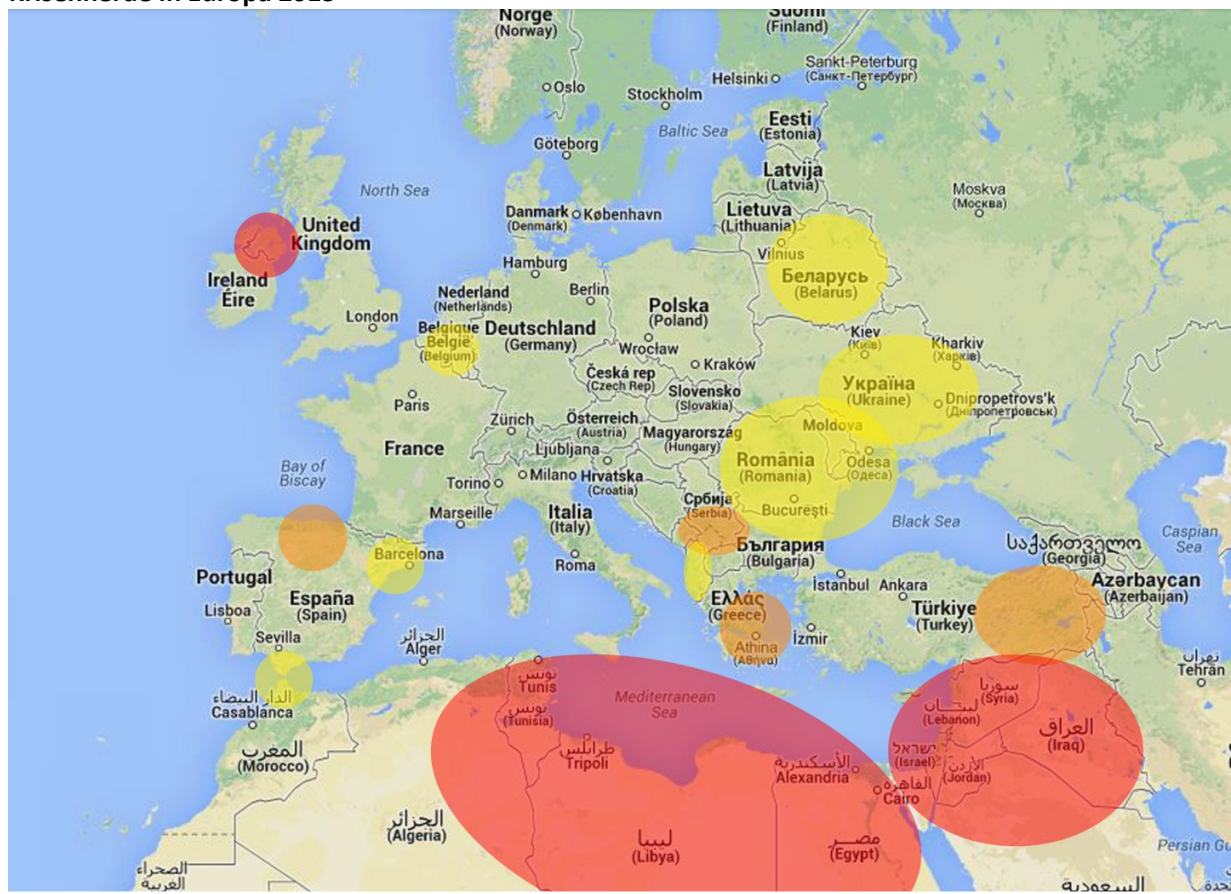
Das Schweizer Sicherheitsdenken hat sich verändert. Gab es vor 25 Jahren noch den kalten Krieg oder den eisernen Vorhang, so scheinen heute vielen Politikern und Schönggeistern die Bedrohungsszenarien auszugehen. Nur weil die Zyniker des Nobelkomitees der EU den Preis für Friedensbemühungen verliehen haben und Zentraleuropa seit bald 70 Jahren für keinen Weltkrieg mehr verantwortlich zeichnet, bedeutet das noch lange nicht, dass alles Friede - Freude - Eierkuchen ist.

Das einträchtige Zusammenleben der europäischen Ethnien wird von religiösen Konflikten, von der Wirtschaftskrise, von Missgunst, von Massenzuwanderung und von einem massiven Nord-Süd Gefälle gestört. Des Einen Wohlstand ist des Anderen Begehrlichkeit und religiös-liberale Gegenden werden zunehmend von fundamentalistischen Tendenzen durchströmt. Das endet darin, dass, wie kürzlich in Schweden, die einheimische Bevölkerung aufbegehrt, weil ihnen die Multi-Kulti-Verteilmentalität ihres Staates nicht mehr geheuer ist.

In Europa ist also längst nicht alles in Butter. Deshalb ist es angebracht sich über die Zukunftsentwicklung unserer Nachbarschaft Gedanken zu machen und den Versuch zu wagen ein sicherheitspolitisches Fazit daraus zu ziehen.

Gibt es noch Gefahren, welche die Schweiz bedrohen? Wenn ja, welche? Ist Europa so stabil, wie wir uns das erhoffen? Wie steht die aktuelle Bedrohungslage der Diskussion über die Abschaffung der Wehrpflicht oder der finanziellen und personellen Destabilisierung unserer Armee gegenüber?

Krisenherde in Europa 2013



Kartenquelle: Google Maps

Grafik: Walter Kammermann

Die Karte zeigt: Rund um die Schweiz gibt es eine ganze Menge Krisengebiete. Nachfolgend einige Erläuterungen dazu.

Gelb (schwelende Konflikte)

Belgien

Die flämische und die wallonische Bevölkerung mögen sich nicht. Als Folge davon war Belgien jahrelang unregierbar. Inzwischen gibt es wieder einmal eine funktionierende staatliche Institution. Wie dauerhaft diese ist, bleibt die Frage.

Der belgische Disput ist ein Sprachkonflikt. Die niederländisch sprechende Wohnbevölkerung in Flandern und der französisch sprechende Teil in der Wallonie und der Umgebung von Brüssel liegen sich schon seit dem 19ten Jahrhundert in den Haaren. Im neuen Jahrtausend hat sich der Konflikt zunehmend zugepointet, was in der Folge zur faktischen Unregierbarkeit des Landes geführt hat.

Bisher waren die Auseinandersetzungen nur wenig gewalttätig. Trotzdem ist die Zukunft von Belgien mit Sicherheit alles andere als ruhig.

Spanien (Katalonien und Gibraltar)

Die Katalanen hegten bereits im 18ten Jahrhundert separatistische Pläne. Dank General Franco und der spanischen Verfassung aus den 80er Jahren ist Katalonien heute politisch recht autonom. Nebstdem haben die Katalanen ihre eigene Sprache, welche angewendet wird, so oft es geht. Das Konfliktpotential ist eher gering und nennenswerte gewalttätige Auswüchse gab es keine. Dank einem nicht unerheblichen Wohlstand dürfte die Zukunft von Katalonien unter einem guten Stern stehen.

Gibraltar hingegen ist derzeit ein eher ungemütliches Pflaster. Die Dauerauseinandersetzung mit den Engländern (unter deren Herrschaft die Halbinsel ist) hat sich in letzter Zeit unter anderem wegen einigen versenkten Betonklötzen erheblich verschärft. Die Briten haben sogar einen Teil der Kriegsflotte nach Gibraltar abkommandiert. Die Spanier sind mit der britischen Enklave unglücklich, das ist kein Geheimnis. Auch wenn eine kriegerische Auseinandersetzung eher unwahrscheinlich ist, bleibt am südlichsten Zipfel Spaniens ein ungutes Gefühl.

Albanien (Rumänien, Bulgarien, Moldavien)

In Albanien ist vieles unklar. Es ist ein armes Land und hat eine multiethnische, multireligiöse Bevölkerung, welche mit einem qualitativ schlechten Bildungsangebot konfrontiert ist. Die Menschenrechtsslage ist sehr mässig und die politische Stabilität hat noch etwas Verbesserungspotential. Die Kriminalitätsrate ist hoch und die Wirtschaft darbt.

Albanien will in die EU. Das hat zur Folge, dass sich in diesem Land noch einiges verändern muss. Ob die Bevölkerung dahinter steht, dürfte massgebend dafür sein, wie viel Konfliktpotential der Wandel hervorrufen wird.

Ähnlich armselige Zustände herrschen auch in Rumänien, Bulgarien und Moldavien. Die desolate Lage hat einen Massenexodus nach Westeuropa zur Folge. Die Leute lassen sich als Billigstarbeitskräfte (z.B. Erntehelfer) anstellen oder aber sie begehen Raubzüge als sogenannte Kriminaltouristen. Konflikte sind vorprogrammiert.

Weissrussland und Ukraine

Im Grossen und Ganzen ist es derzeit in diesen beiden Ländern recht ruhig. Das täuscht aber nicht darüber hinweg, dass in der Volksseele einiges schlummert. Nebst dem Dauerkonflikt mit den Russen, fallen die Länder durch Korruption und politische Instabilität auf. Teilweise werden Politiker willkürlich ins Gefängnis gesteckt (beispielsweise Julia Timoschenko) und es herrschen mafiöse Strukturen. Volksaufstände wurden schon geprobt und diese waren nicht harmlos.

Orange (mittelschwere Dauerkonflikte)

Baskenland

Die Basken sind von nationalem Bewusstsein geprägt. Während einer starken Wirtschaftsaufschwung zu Beginn des letzten Jahrhunderts wurde das Baskenland mit einer grossen Zuwanderung konfrontiert. Die Einheimischen sahen sich zunehmend als Minderheit. Als Folge davon wurde 1959 die ETA (Euskadi ta Askatasuna) gegründet. Die radikale Gruppe hatte das Ziel, mit militärischen Mitteln das Baskenland von Spanien unabhängig zu machen. Es folgten Jahrzehnte des Terrors. Noch 2008 wurde ein Politiker von der ETA ermordet.



Quelle: euskomedia.org

Seit 2009 ist das Baskenland nicht mehr nationalistisch regiert. Nichts desto trotz: Ein Befreiungskampf der Jahrzehnte lang gedauert hat, endet nicht einfach mit einem Regierungswechsel. Es ist nicht unmöglich, dass der baskische Konflikt wieder aufflammt.

Kosovo und Mazedonien

Die beiden Neo-Staaten sind aus dem ehemaligen Jugoslawien entstanden. Die Streitereien unter der Bevölkerung halten bis heute an. Ethnische Minderheiten werden gepiesakt und historische, als auch religiöse Konflikte schwelen im Volk weiter. Die Lage ist alles andere als stabil und die Bestrebungen sich Europa anzunähern ändern daran auch nicht viel. Die Konflikte können jederzeit wieder gewalttätig werden.

Griechenland

Griechenland wird zusehends von der desaströsen Wirtschaftslage destabilisiert. Das Land hängt am Tropf der EU und es sind bereits Milliarden von Euro auf Nimmerwiedersehen verschwunden. Der Wille der griechischen Bevölkerung nichts an der Situation zu ändern, ist bemerkenswert. Lieber liefert man sich Strassenschlachten mit der Polizei, als mitzuhelfen, die Situation zu verbessern. Leider ist die Mentalität sich vom Staat aushalten zu lassen verbreitet und ohne einen guten Vorrat an Schmiergeld kommt man nicht weit.

Die Griechen werden hart an sich und der Zukunft ihres Landes arbeiten müssen. Schaffen sie dies nicht, müssen wir noch mit massiven Auseinandersetzungen rechnen.

Türkei

Die Türkei kämpft hauptsächlich mit drei Problemen. Zum einen lastet noch immer der Genozid an Armeniern in den Jahren 1915-1917 schwer auf dem Land, andererseits ist das Kurdenproblem trotz Verbot der PKK (kurdisch-marxistische Arbeiterpartei) und der Inhaftierung von Abdullah Öcalan nicht gelöst. Die Kurden wollen noch immer einen eigenen Staat in den kurdisch besiedelten Gebieten und die mehre-

ren zehntausend Toten der letzten 30 Jahre unterstreichen die Härte des Konflikts. Die PKK ist auch in der Schweiz aktiv.

Die politische Lage der aktuellen Regierung Erdogan wird ebenfalls immer brenzlicher. Die Kritik am Regierungsstil wächst und die Bevölkerung beginnt zu demonstrieren. Schon kleine Probleme, wie die geplante Bebauung eines Parks, eskalieren. Polizei, Wasserwerfer und Tränengas kommen zum Einsatz, Menschen kommen um, tausende werden verletzt. Die Türkei entwickelt sich zum Pulverfass und es ist zu hoffen, dass dieses nicht explodiert.

Rot (schwerwiegende Konflikte, Bürgerkrieg)

Nordirland

Der nordirische Konflikt basiert auf einen Religions- und Territorialstreit, welcher bereits seit den 1920er Jahren akut ist. Damals wurde die irische Insel in eine irisch-katholische und eine britisch-protestantische Zone geteilt. Ende der 60er Jahre eskalierte die Situation zunehmend. Paramilitärische Organisationen auf beiden Seiten (Irish Republikanische Armee IRA - katholisch, Ulster Volunteer Force UVF - protestantisch), sowie Splittergruppen, bestehend aus Radikalen und Separatisten sorgten für Mord und Todschlag. Uns allen sind die Tötungen und Bombenattentate der IRA noch in bester Erinnerung. Die radikal protestantischen Unionisten haben derweil gnadenlos zurückgeschlagen. Während die Ulster Unionist Party auf friedlichem Weg den britischen Anspruch zementieren wollte, haben die Republikaner mit der Sinn-Féin – Partei versucht, die Wiedereingliederung der nordirischen Grafschaften in die Republik Irland auf dem politischen Parkett zu vollbringen.

Zur Zeit herrscht eine Art Waffenstillstand. Die wichtigsten Konfliktparteien haben der Gewalt abgeschworen und die Sinn-Féin hat sich als ernstzunehmende politische Partei etabliert. Die Zündeleyen an den alljährlichen Märschen des Oranier-Ordens (radikale Protestanten) zeugen allerdings von einer tief verwurzelten Spaltung der beiden Bevölkerungsteile. Der Konflikt wird noch immer erstaunlich offen ausgetragen.

Nordafrika – Naher Osten (Tunesien, Libyen, Ägypten, Israel, Palästina, Jordanien, Syrien, Libanon, Irak)

Nach dem sogenannten arabischen Frühling hat sich der ganze nordafrikanische Raum und der Nahe Osten destabilisiert. Es ist offensichtlich, dass sich geopolitische, gesellschaftliche, religiöse und wirtschaftliche Interessen in keiner Weise zum Positiven überlagern. In vielen Ländern sind die Machtverhältnisse dermassen unübersichtlich, dass bereits bürgerkriegsähnliche Zustände herrschen. Die Umstürzler werden zusätzlich von der westlichen Welt dazu motiviert stabile Staatsgebilde in Zonen des Chaos zu verwandeln. Die Hartnäckigkeit mit welcher die unterschiedlichen Interessen aufeinanderprallen, lässt nicht hoffen, dass bald Einigkeit und Ruhe herrschen wird. Offene Kriegshandlungen sind im Gange und Europa, wie die USA lassen sich mit hineinziehen. Als Folge davon müssen wir in Kauf nehmen, dass früher oder später diese Konflikte in Form von Attentaten zu uns getragen werden.

Bedrohungsszenarien für die Schweiz

Dass die Schweiz in einem Europa voller Konflikte eine Honigmilch-Insel bleibt, ist Wunschdenken. Wir stecken längst mitten in den ganzen Auseinandersetzungen. Sei es, weil die Schweiz Partei ergriffen hat, oder aber, weil von fast jeder ethnischen Konfliktgruppe Menschen hier leben.

Sicherheitspolitik

Die Schweizer Sicherheitspolitik muss sich mit den aktuellen Gegebenheiten auseinandersetzen. Die Mitte-Links-Parteien verkünden, dass heutzutage angeblich keine Bedrohungen für die Schweiz auszumachen sind. Als Folge davon wird massiv an unseren Sicherheitseinrichtungen gewerkelt. Sie werden finanziell ausgehungert und mit der daraus folgenden Personal- und Materialreduktion ist ein Sicherungsauftrag schlicht nicht mehr auszuführen. Ein Beispiel dafür ist die seit Jahren lahrende Luftraumüberwachung.

Dem nicht genug versucht man mit politischen Spielchen Investitionen in die Sicherheit konsequent zu torpedieren. Diesbezüglich erscheint die Kampfjet-Beschaffung dauerhaft im Scheinwerferlicht.

Immigration

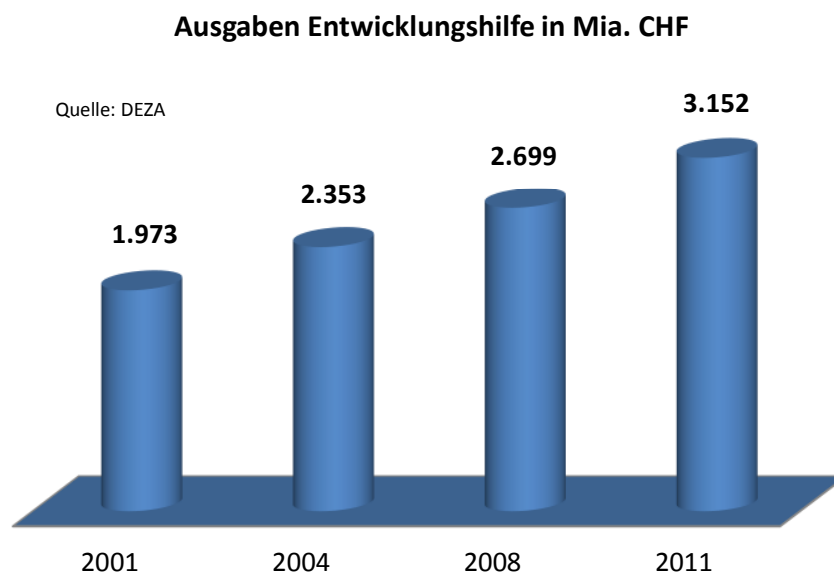
Die sich explosionsartig entwickelnde Immigration in die Schweiz wird zunehmend zum Problem. Unter dem Deckmantel der Wirtschaftsentwicklung, wurde die Personenfreizügigkeit im Rahmen der bilateralen Verträge mit der EU der Schweizer Bevölkerung aufgezungen.

Die Folgen sind inzwischen offensichtlich: Lohndumping – sinkende Löhne, steigende Wohnungspreise – Wohnungsnot, Kriminaltouristen und ein wachsendes Unbehagen der Schweizer Bevölkerung ob der Überfremdung sind Zeichen dafür, dass es angebracht wäre zu reagieren. Allerdings hat sich gezeigt, dass das Allerweltsmittel der Ventilklausel lediglich ein zahloser Tiger ist und die EU sämtliche Regulierungsdiskussionen bereits im Keim zu ersticken versucht. Die Geister die man rief, wird man wohl nicht mehr los.

Die Schweiz ist weiterhin hochattraktiv für Asylsuchende. Da es die Behörden nicht schaffen die Situation zu entschärfen, werden auch künftig viele Einwanderer ein Asylbegehren als Grund benützen, sich hier niederzulassen. Sind diese Menschen einmal hier, zeigt es sich als schwierig, sie wieder in ihre Heimatländer oder in die Ersteinwanderungsstaaten zurückzuweisen. Der Unmut in der Schweizer Bevölkerung steigt, nicht zuletzt, weil das Bundesamt für Migration immer zwielichtigere Methoden anwendet, um diese Leute irgendwo unterzubringen.

Entwicklungshilfe

Die Schweiz rühmt sich Ihrer Entwicklungshilfe-Bemühungen und alljährlich werden Milliardenbeträge verschenkt. Das Controlling ist erbärmlich, kommt es doch immer wieder vor, dass Gelder nicht zielgerichtet verwendet werden.



Die Geldverteilung wird nicht zuletzt damit gerechtfertigt, dass in Krisengebiete investiertes Geld eine Investition in eine friedliche Zukunft sei. Dass das Augenwischerei ist, liegt auf der Hand. In den meisten konfliktbelasteten Empfängerländern hat sich trotz all dem Geld gar nichts geändert. Interessantes Beispiel: In Assuan (Ägypten) fließen Schweizer Millionen in Trinkwasserprojekte, die Konfliktherde liegen aber ganz anderswo in diesem Land. Noch bemerkenswerter ist, dass gleichzeitig ein ägyptischer Investor in der Schweiz in Andermatt-Swissalps investiert (Projektvolumen: 1.8 Milliarden Franken).

Das verschenkte Geld macht die Schweiz nicht sicherer, bindet aber Mittel, welche gewiss besser in die Sicherheit investiert werden könnten.

Sich in der Schweiz in Sicherheit zu wähnen, wenn man nur genug Geld verschenkt, ist trügerisch. Es ist nicht davon auszugehen, dass in einem Land mit immer mehr Fremden eine Stärkung der Sicherheitsinstitutionen Vorrang hat. Nicht zuletzt, weil sich diese Menschen unserer Heimat nicht verpflichtet fühlen. Möglicherweise liegen gewisse Bedrohungsszenarien also gar nicht so weit in der Ferne.

Abschaffung der Wehrpflicht, Verkleinerung der Armee

Schaut man sich die Europakarte an, so gibt es keinen Zweifel: Sämtliche Bestrebungen unsere Armee zu schwächen werden im Desaster enden. Mögliche Krisenherde liegen näher bei der Schweiz, als viele uns weismachen wollen. Einzelne Konflikte können durchaus auch auf die Schweiz überschwappen, sei es in Form von terroristischen Aktivitäten oder wenn Konfliktparteien sich hierzulande in die Haare geraten. Es ist aber auch nicht auszuschliessen, dass zunehmende innenpolitische Spannungen (Immigration, Fundamentalismus, arm-reich-Gap, Kriminalität) ein Eingreifen von Ordnungskräften erfordern. Sowohl an der Landesgrenze, als auch im Landesinnern.

Eine Luftraumüberwachung mit modernen Kampffliegern ist genauso wichtig, wie gut ausgebildetes und motiviertes Milizpersonal, welches in der Lage ist, die innere Sicherheit zu gewährleisten. Das dazu benötigte Material muss zur Verfügung stehen, ebenso Ausbildungs- und Unterbringungsinfrastruktur. Dass das Geld kostet ist klar, dieses wäre allerdings auch in Massen vorhanden, würde man die Verteilschlüssel im Staatshaushalt etwas mehr zu Ungunsten der Sozialpolitik umändern.

Dass man gar versucht die Wehrpflicht abzuschaffen, kann nur mit Unverständnis zur Kenntnis genommen werden. Als Eckpfeiler der Schweizerarmee ist diese Art der Rekrutierung von Milizsoldaten unverzichtbar. Es ist zudem wichtig, dass sich jeder Schweizer bewusst ist, dass er für seine Heimat Pflichten zu erfüllen hat. In einer Zeit, wo viele das Gefühl haben in einer Wohlfühlgesellschaft zu leben und alles auf andere abschieben zu können, soll wenigstens während dem Armeedienst erlernt werden, dass man sich auch ab und zu unterordnen muss und nicht alles jederzeit zur Verfügung steht. Die Wehrpflicht als Teil der Lebensschule.

Fazit

Meiner Meinung nach wird in der Schweiz derzeit die Bedrohungslage unterschätzt. Man muss kein Nachrichtendienstler sein, um die Situation zu analysieren. Die aktuelle Tendenz unsere Armee abzuschaffen, in dem man sie finanziell aushungert und deren Rückbau forciert, ist gefährlich. Wenn es so weiter geht, wird man schon bald nicht mehr in der Lage sein die Schweizer Bevölkerung vor Bedrohungen zu schützen. Dabei muss es sich nicht immer kriegerische Auseinandersetzungen handeln. Es kann genauso eine Naturkatastrophe oder eine flächendeckende Erkrankung von Menschen Ursache für ein Chaos sein.

Es ist dringend nötig umzudenken. Sicherheit ist ein teures Gut und es zu verspielen wäre fahrlässig. Unsere Parlamentarier hätten die Möglichkeit hier Zeichen zu setzen. Dazu müssen allerdings die parteipolitischen Spielchen endlich aufhören und die Blumentopf-Fraktion im Parlament muss über ihren Schatten springen und einsehen, dass soziale Sicherheit nicht alleine mit einem „kundenfreundlichen“ Verteilschlüssel an Sozialleistungen erkaufte werden kann.

Unsere Landesverteidigung muss wieder gestärkt werden. Es bleibt zu hoffen, dass das Volk und Parlament einsehen und entsprechend handeln. Im Sinne einer sicheren Zukunft der Schweiz gibt es keine Alternative.

August 2013